Gegründet 1877 — Gegründet 1877

Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.56 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postscheck-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt" / Telef. 11

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 24 | Altensteig, Montag den 30. Januar 1928 | 51. Jahrgang

Deutsche Sicherheitsdenkschrift

Am 20. Februar wird der Sonderausschuß für Schiedsgericht und Sicherheit in Genf zusammentreten. Sein Vorsitzender, der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch, hat die Berichterstatter und Führer der Unterausschüsse auf den 28. Januar nach Prag zusammengerufen. Dr. Benesch besprach bei diesem Anlaß mit dem griechischen Völkerbundsvertreter Politis, dem Finnen Holsti und dem Holländer Rutgers eingehend die einschlägigen Probleme durch, um auf diese Weise die Februarsitzungen des Ausschusses möglichst gut vorzubereiten. Die Arbeiten dürften sich sehr schwierig gestalten. England will keinerlei Verpflichtungen übernehmen, die es in Widerspruch mit seinen eigenen politischen Interessen bringen könnte. Es lehnt das Genfer Protokoll vom Jahre 1924 ab, wendet sich gegen jede strenge Auslegung der Bestimmungen des Völkerbundspaktes, die von den Sanktionen des Völkerbundes handeln, und erhebt jetzt schon Einspruch gegen die Bestrebungen, die auf eine klare Bestimmung völkerrechtlicher Art über den Begriff des Angreifers hinzielen.

Die deutsche Regierung hat nun dem Präsidenten des zurzeit in Prag tagenden Sicherheitskomitees des Völkerbundes ein „Aide Memoire" zur Sicherheitsfrage überreicht, in dem sie zunächst darauf hinweist, daß sie lediglich die Absicht verfolge, **ihre Auffassung über die zweckmäßigste Gestaltung der Vorarbeiten darzulegen, ohne schon im gegenwärtigen Augenblick konkrete Vorschläge für die Lösung der verschiedenen einzelnen Probleme machen zu wollen.** Grundsätzlich ist die deutsche Regierung der Auffassung, daß es sich bei allen diesen Arbeiten um praktische Maßnahmen handeln muß, wie sie unter den gegenwärtig gegebenen politischen Verhältnissen notwendig und zugleich erreichbar sind. Die Möglichkeit der praktischen Verwirklichung müsse deshalb bei der Prüfung jeder einzelnen der in Frage kommenden Maßnahmen ausschlaggebend sein.

Der Kernpunkt des Sicherheitsproblems sei die Vermeidung kriegerischer Verwicklungen. Wolle man aber den Krieg beseitigen, so sei das nur möglich, wenn man für alle Konflikte, die bisher die Ursache von Kriegen gewesen sind, die Möglichkeit einer aussichtreichen friedlichen Behandlung findet. Dieser Gedanke müsse nach Auffassung der deutschen Regierung den Ausgangspunkt der gesamten Arbeiten des Sicherheitskomitees und den Hauptgegenstand seiner Beratungen bilden.

Die Fakultativ-Klausel zum Statut des ständigen internationalen Gerichtshofs biete eine befriedigende Möglichkeit, alle Streitigkeiten dieser Art auf friedlichem Wege zu lösen. Es wird Aufgabe des Sicherheitskomitees sein, zu prüfen, auf welche Weise eine größere Zahl von Staaten zur alsbaldigen Annahme dieser Regelung bestimmt werden könne. Ein entsprechendes allgemeines Verfahren für Streitigkeiten, die keinen rechtlichen, sondern ausschließlich politischen Charakter tragen, hat sich dagegen bisher noch nicht verwirklichen lassen. Dies sei deshalb der Punkt, in dem die Vorarbeiten ansetzen müßten.

Aufgabe des Komitees müsse es sein, für alle Streitfragen ohne Ausnahme ein Verfahren zu schaffen, das geeignet sei, billige und friedliche Lösungen herbeizuführen. Der Gedanke, Streitigkeiten von ausschließlich politischem Charakter sämtlich durch eine Schiedsinstanz einer obligatorischen und endgültigen Entscheidung zuzuführen, ließe sich unter den augenblicklichen Verhältnissen noch nicht verwirklichen, jedoch wäre ein Ausbau des Vergleichsverfahrens, sei es vor dem Völkerbundsrat, sei es vor besonderen mit hinreichender Autorität ausgestatteten Instanzen möglich.

Ein derartiges System der **friedlichen Streitschlichtung** könnte sowohl in zweiseitigen Verträgen, als auch in Verträgen bestehen, die eine größere Anzahl von Staaten umfassen. Die nur zweiseitigen Verträge würden an Wirksamkeit gewinnen, wenn es gelänge, das darin vereinbarte Verfahren in einen organischen Zusammenhang mit dem Verfahren vor den Instanzen des Völkerbundes zu bringen. Das Maß der zu übernehmenden Verpflichtungen könne hierbei in gewissem Grade den örtlichen politischen Verhältnissen angepaßt werden.

Für den Fall, daß die Mittel friedlicher Streitschlichtung versagen sollten, stünden dem Völkerbund die **Bestimmungen seiner Satzung über Kriegsverhütung und Bekämpfung des Friedensbruchs** zur Verfügung. Die in Artikel 11 der Völkerbundssatzung gebotenen Möglichkeiten würden sich über den Rahmen der Satzung hinaus durch besondere freiwillige Verpflichtungen ergänzen lassen, die Gegenstand einer Vereinbarung zwischen einer großen Anzahl der Völkerbundsmitglieder sein könnten, ähnlich wie z. B. die in Locarno vereinbarten Bestimmungen der Artikel des Rheinpakts, sowie der Artikel 19 der Schiedsverträge. **Die Wirksamkeit aller Sicherungen dieser und anderer Art werde außerordentlich verstärkt, wenn es endlich dazu komme, die allgemeine Abrüstung durchzuführen.** Es sei vorgeschlagen worden, **regionale Verträge abzuschließen,** die dem Sicherheitsbedürfnis eines bestimmten Landes Rechnung trügen. Demgegenüber müsse man sich aber darüber klar sein, daß **die Erhöhung der Sicherheit einzelner Staaten auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten keinen Fortschritt im Sinne des Friedens darstelle.** Dies würde leicht zu einer Spaltung des Bundes führen und jede gemeinsame Aktion des Völkerbundes lähmen.

Nach Ansicht der deutschen Regierung kommt es somit darauf an, das Sicherheitsproblem in seinem Kernpunkte der friedlichen Behandlung aller Arten von Staatenkonflikten anzupassen. Wollte man statt dessen den Kriegsfall und die Regelung militärischer Sanktionen zum Ausgangspunkt nehmen, so käme das dem Versuche gleich, das Haus vom Dach aus zu bauen. **Der Krieg lasse sich nicht dadurch verhüten, daß man den Krieg gegen den Krieg vorbereite, sondern nur dadurch, daß man seine Ursachen beseitige. Das sei nur möglich, wenn eine Friedensordnung geschaffen werde, die die Beseitigung aller den Weltfrieden gefährdenden internationalen Verhältnisse gewährleiste.**

Die Aufnahme in Paris

Paris, 28. Jan. Die deutsche Denkschrift hat in Frankreich keine ungünstige Beurteilung gefunden. Selbst das „Journal" berichtet aus Genf, daß in dortigen diplomatischen Kreisen der erste Eindruck gut ist. Auch die Kritik des an sich unversöhnlichen „Echo de Paris" ist zwar scharf, aber nicht unbedingt ablehnend. Sie betont jedoch, daß die deutschen Vorschläge wahrscheinlich England aufbringen werden, das bisher jede Beschränkung seiner Handlungsfreiheit abgelehnt habe, und nimmt das Schriftstück Deutschlands zum Anlaß, wieder einmal die schwachen Punkte der gegenwärtigen Völkerbundsverfassung zu brandmarken, deren folgenschwerster die Notwendigkeit der Einstimmigkeit im Völkerbundsrat sei, die selten erzielt werden würde, und infolgedessen jeden Krieg zu einem berechtigten mache.

Neues vom Tage.

Die Reichsregierung und die Not der Landwirtschaft

Berlin, 29. Jan. Dem aus landwirtschaftlichen Kreisen vielfach geäußerten Wunsch, die Rentenbank-Grundschuldzinsen ganz oder auch nur zum Teil auf öffentliche Mittel zu übernehmen, hat, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, die Reichsregierung aus allgemeinen politischen Gründen verschiedener Art nicht entsprechen können. Sie ist jedoch bereit, zur Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände in der Landwirtschaft zwecks Sicherung der rationellen Fortführung der Betriebe einen einmaligen Betrag von 30 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Der Reichstag wird dazu in der allernächsten Zeit Stellung zu nehmen haben. Wenn die Maßnahme ihren Zweck voll erreichen soll, wird die Reichsregierung in die Lage versetzt werden müssen, über diesen Betrag sofort zu verfügen.

Einigungsverhandlungen um das Schulgesetz

Berlin, 29. Jan. Das „Tageblatt" und die "Voss. Zeitg." berichten, daß Vorbereitungen getroffen werden, um für den Fall einer Auflösung des Reichstages den Notetat vorlegen zu können. Im Gegensatz dazu schreibt die „Germania": **Wie wir zuverlässig erfahren, trifft die Behauptung, die Reichsregierung bereite einen Notetat vor, nicht zu. Weder die Zentrumsfraktion noch auch die Reichsregierung habe sich bisher veranlaßt gesehen, die Frage des Notetats zu erörtern. Bekanntlich haben die beteiligten Parteien die Absicht, über den Paragraphen 20 des Reichsschulgesetzes weitere Einigungsverhandlungen zu führen. Erst wenn deren Ergebnis vorliegt, werden sie in der Lage sein, weitere Entschlüsse in der hier aufgeworfenen Frage zu fassen. Vorläufig besteht jedenfalls keine Notwendigkeit, die Einbringung eines Notetats zu erwägen.**

Dr. Stresemann Ehrendoktor der Universität Heidelberg

Heidelberg, 29. Jan. Die Staatswissenschaftliche Kommission der Philosophischen und Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg hat unterm 25. Januar dem verantwortlichen Leiter der deutschen Außenpolitik, Reichsminister **Dr. Gustav Stresemann,** Titel und Würde eines **Doktors der Staatswissenschaften** ehrenhalber verliehen. In der Urkunde heißt es es, daß die Verleihung der Würde des Ehrendoktors an den Reichsaußenminister erfolgte, weil er hochverdient um die Befestigung von Staat und Wirtschaft, durchdrungen von deutschem Recht auf Leben und Freiheit, mutig und trotz aller Widerstände und Rückschläge als Bahnbrecher einer Politik der geistigen Annäherung und friedlichen Verständigung der Völker sich eingesetzt und weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus Achtung und Anerkennung errungen hat.

Neue Dienstkleidung bei der Reichspost

Berlin, 29. Jan. Der Reichspräsident hat auf Vortrag des Reichspostministers die Einführung einer neuen Dienstkleidung für die Beamten der Deutschen Reichspost genehmigt. Damit ist ein von langer Hand vorbereitete Angelegenheit zu Ende gebracht, die einen doppelten Zweck verfolgt, nämlich die Schaffung einer einheitlichen Dienstkleidung der Postbeamten für das ganze Reichsgebiet, sodann die Beseitigung der früheren zahlreichen Uniformvorschriften, die veraltet und durch die Entwicklung überholt sind. Grundfarbe für Joppe und Mütze ist dunkelblau, für Hose und Ueberkleidung schwarz. Die Joppe kann künftig in zwei Formen getragen werden, entweder geschlossen, wie jetzt, oder offen mit Umlegekragen in Form der Zivilkragen. Die Mütze erhält künftig an Stelle des dreiteiligen Besatzstreifens einen solchen aus dunkelblauem Samt mit orangefarbenen Vorstößen. In der Mitte des Besatzstreifens wird vorn die Reichskokarde (schwarzer Reichsadler mit roter Zunge und roten Fängen in goldenem Rundschild), umgeben von einem schmalen silbernen Eichenkranz, darüber die Landeskokarde angebracht sein. Die Ueberkleidung bleibt im wesentlichen unverändert. Die Achselstücke sind verschwunden, an ihre Stelle treten einfache Gradabzeichen auf Spiegeln aus dunkelblauem Samt, die zur Kennzeichnung der Postbeamten den Reichsadler mit Posthorn und Funkblitzen aufweisen.

Sitzung des Vorstands der Zentrumspartei

Berlin, 29. Jan. Der Parteivorstand des Zentrums hat am Samstag bis in die Abendstunden eine Sitzung abgehalten, an der unter dem Vorsitz des Parteivorsitzenden, Reichskanzler Dr. Marx, fast sämtliche Vorstandsmitglieder teilnahmen, darunter die Minister Brauns, Steiger und Hirtsiefer, ferner die Abgeordneten Stegerwald und Dr. Wirth, sowie Fürst Löwenstein. In der mehr als fünfstündigen Aussprache wurden die politische Lage und die Fragen, die in der Zentrumspartei gegenwärtig eine große Rolle spielen, eingehend verhandelt, ohne daß zu irgend einer Frage Beschlüsse gefaßt wurden. Am Sonntag tagte der Reichsausschuß.

Städte-Etat und Reichssparkommissar

Berlin, 29. Jan. Der Deutsche Städtetag hat sich, wie der Sozialdemokr. Pressedienst erfährt, mit dem Reichssparkommissar in Verbindung gesetzt, um über ein vereinfachtes und übersichtliches Haushaltschema der Städte zu beraten. Dieses Schema soll sich den Fragebogen der Reichsfinanzstatistik möglichst angleichen. In der am 4. Februar beginnenden Ausschußbesprechung der Finanzminister wird u. a. auch die Frage einer Vereinheitlichung des kommunalen Haushaltsrechts zur Sprache kommen. Einzelne Länder, wie Württemberg, Bremen u.a., entbehren überhaupt einer gesetzlichen Regelung des kommunalen Haushaltsrechts. Es soll nun angestrengt werden, auch auf diesem Gebiet einheitliche Rechtszustände zu schaffen, um die Zusammenarbeit der Kommunen mit Reich und Ländern zu vereinfachen.

Notkundgebungen der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaft

Hamburg, 29. Jan. Wie Wolffs Norddeutscher Provinzdienst berichtet, haben am Sonnabend die seit Wochen angekündigten Massenkundgebungen der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft in allen Kreisstädten der Provinz unter starker Beteiligung stattgefunden. Abschließend wurde eine gemeinsame Resolution angenommen, die eine sofortige grundlegende Aenderung der deutschen Handelspolitik verlangt mit dem Ziel, die Nahrungsmittelversorgung vom Ausland unabhängig zu machen und die Einfuhr von Luxuswaren zu unterbinden.

Eine unpolitische Rede Dr. Luthers vor Parteifreunden

Essen, 29. Jan. Im großen Saal des Städtischen Saalbaus sprach, lebhaft begrüßt, Reichskanzler a. D. Dr. Luther vor den Mitgliedern und Freunden der Deutschen Volkspartei. Er ging nicht auf die Tagespolitik ein, sondern gab in großen Linien und in fein durchdachten Ausführungen **ein Bild von der Lage des deutschen Volkes** in seiner geschichtlichen Entwicklung und seinen Pflichten in Gegenwart und Zukunft. Dann wandte er sich insbesondere der Deutschen Volkspartei zu, deren Name auf nichts Spezielles, sondern nur auf das Deutsche hinweise und deren Aufgabe es in der gegenwärtigen Zeit internationalen Denkens und Handels sei, nach außen hin den nationalen Gedanken und das Gefühl zu pflegen, daß wir Deutschen alle Kinder einer Mutter seien.

Polnische Gerüchte über eine Militärerhebung in Rußland

Warschau, 29. Jan. In Wilna hat sich das Gerücht verbreitet, daß in Rußland eine Militärerhebung ausgebrochen sei. General Tuchatschowski, der mit dem Regime Stalins unzufrieden ist, soll an der Spitze einiger meuternden Kavalleriedivisionen und Artillerieregimentern nach Moskau marschieren. Für diese Nachricht fehlt jedoch jede Bestätigung.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Tarifkündigung der Eisenbahnarbeiter

Berlin, 28. Jan. Wie eine Korrespondenz mitteilt, ist der Vorstand des **Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands** zu dem Ergebnis gekommen, daß die Lohnbestimmungen des Tarifvertrages zum 1. April zu kündigen sind. Der Vorstand stellt dem geschäftsführenden Vorstand anheim, die übrigen vertragsschließenden Organisationen rechtzeitig zwecks Stellungnahme zur Kündigung des Lohntarifvertrages einzuladen.

Die Ratifikation des Konventionsentwurfs über die Krankenversicherung durch Deutschland

Genf, 28. Jan. Dem Internationalen Arbeitsamt ist durch Deutschland **die offizielle Ratifizierung des Konventionsentwurfes betreffend die Krankenversicherung der gewerblichen und Landarbeiter,** sowie der Hausangestellten bekanntgegeben worden. Deutschland ist das erste Land, welches diese Entwürfe ratifiziert. Die Regierungen von Lettland und Luxemburg haben ihren Parlamenten die Ratifizierung dieser beiden Entwürfe empfohlen.

Tragischer Tod eines französischen Missionars

Paris, 29. Januar Nach den im Ministerium des Aeußeren eingetroffenen Nachrichten ist ein französischer Missionar in Oiaow in China getötet worden, der zwei jungen chinesischen Mädchen zu Hilfe eilte, als zwei chinesische Soldaten ihnen Gewalt antun wollten.

Württembergischer Landtag.

Eine stürmische Landtagssitzung

Stuttgart, 28. Jan. Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung stand in erster Linie die Beantwortung und Besprechung der **Großen sozialdemokratischen Anfrage wegen der Rede des Staatspräsidenten auf der Länderkonferenz.**

Haus und Tribüne sind nur mäßig besetzt.

Staatspräsident Dr. Bazille: Ich will zuerst sprechen, um dem Hause unnötige Erörterungen zu ersparen. Vor meiner Abreise nach Berlin habe ich meine Rede der Pressestelle in Stuttgart zur Weiterleitung übergeben. Ich habe die Rede im wesentlichen nach dem Manuskript gehalten. An einigen Stellen habe ich aber doch während des Vortrags Aenderungen vorgenommen. Gerade an der Stelle, die Gegenstand der heutigen Anfrage ist, wurde von mir eine Erläuterung eingeführt. Bei der Betrachtung des Problems konnte die Erörterung der Außenpolitik nicht außer Betracht gelassen werden. Ich wandte mich nicht gegen die republikanische Staatsform, sondern gegen die Fehler in ihrer Konstruktion. In meiner Rede habe ich an der in Frage kommenden Stelle wörtlich ausgeführt: „Ja, es ist zu befürchten, daß nach den Neuwahlen die Verhältnisse in einen Zustand höchster und unmittelbarer Gefahr getrieben werden. Gefährliche Irrtümer und nicht weniger gefährliche Absichten drohen sich zu einem seltsamen Bund zu vereinigen. Der Doktrinarismus der Unitarier und der irrtümliche Glauben, man könne mit den rationellen Methoden der Privatwirtschaft politische Fragen lösen, verbinden sich mit den großkapitalistischen Interessen derer, denen die wirtschaftliche Konzentration in Berlin und in einigen anderen Teilen des Reiches Nutzen zu bringen verspricht, sowie mit der Hoffnung beider Richtungen des Sozialismus, daß seine Endziele im Einheitsstaat sich leichter verwirklichen lassen. Todfeinde unter sich, reichen sich Großkapital und Sozialismus die Hand in der Allianz des unitarischen Glaubens, was nicht verwunderlich ist, da ja die Extreme sich oft berühren. Deshalb ist die Sorge berechtigt, daß der Versuch gemacht werden wird, durch mehr oder weniger sanften Druck und auf Umwegen zum Einheitsstaat zu gelangen. Sollte dieser Weg beschritten werden, so wird eine unmittelbare Gefahr für den Bestand des Reiches heraufbeschworen. Denn nichts ist irriger und gefährlicher als die Meinung, die Länder werden sich schließlich in ihr unvermeidliches Schicksal fügen. So wie die Dinge in Europa liegen, kann dieses Spiel mit dem Feuer den ganzen Kontinent in Brand stecken. Längere Wirren ernster Art in Deutschland bilden einen Anreiz für unsere Nachbarstaaten, die ausfallenden Reparationen durch Stücke deutschen Landes zu ersetzen. Es kann sich wiederholen, was wir bereits einmal erlebt haben, die Besetzung des Rheinlande und des Ruhrgebiets durch Frankreich, aber auch die Wegnahme Ostpreußens durch Polen. Solchen Zugriffen könnten aber England und Rußland und vielleicht auch Italien nicht ruhig zusehen. Schon oft haben kleine Ursachen große Wirkungen gehabt." Meine Worte waren keine Drohung, sondern nur eine Befürchtung. Niemand kann behaupten, ich hätte mit Reichsverrat gedroht. Die sozialdemokratische Interpellation ist also gegenstandslos (Lärm links). Der preußische Ministerpräsident hat auf der Länderkonferenz ausgeführt, daß die Trennung des Reichs in zwei Teile, Süden und Norden, zu einem Auseinanderfallen des Reiches führen werde. Ist das nicht auch Reichsverrat? (Lärm links und rechts.) Ministerpräsident Braun hat also die gleichen innerpolitischen Sorgen wie ich. (Lebhafte Unruhe.) Die Frage ist, ob dieser Zerfall des Reiches außenpolitische Folgen haben wird. Eine vernehmliche Predigt hiefür ist die 400jährige deutsche Geschichte. Ich habe nicht den geringsten Anlaß, von meiner Berliner Rede auch nur einen Satz, auch nur ein Wort, auch nur einen Buchstaben zurückzunehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Schumacher** (Soz.) begründete die Große Anfrage und wurde, als er von den hoch- und landesverräterischen Gefahren der Rede des Staatspräsidenten sprach, zur Ordnung gerufen. Er betonte weiter, Bazille sei früher nur eine Lokalgröße gewesen, jetzt aber berühmt geworden. Die Sozialdemokratie bestreite keinem Menschen das Recht auf persönliche Blamage, verlange aber, daß Württemberg nicht zum Gespött in Deutschland und in der ganzen Welt gemacht werde, Ausdrücke, welche Präsident Körner rügte. Der Redner trat dann für den Einheitsstaat ein und erklärte, in der Rede des Staatspräsidenten liege nicht nur die Drohung mit dem Reichsverrat, sondern auch die Drohung mit dem Hochverrat. Wie wolle der Staatspräsident das württ. Volk zum Kampf aufrufen?, für wen solle es sich schlagen, vielleicht pour le roi de Villa Reitenstein. Das glaube niemand. Der Staatspräsident habe dem Ausland gezeigt, wie es die Möglichkeit habe, einen Brand zu entfachen, der den Kontinent auf Kosten Deutschlands in Brand setze. Diese Rede sei ganz unverantwortlich gewesen und solchen Hemmungslosigkeiten müsse ein Ende gemacht werden. Wenn das württ. Zentrum die Rede vorher gekannt habe, so liege darin ein schuldhaftes Verschulmnis. Das führende Zentrumsblatt in Stuttgart sei von der Rede des Staatspräsidenten weit abgerückt. Die Sozialdemokratie nehme den Kampf an, den ihr der Staatspräsident angeboten habe. (Lebhafter Beifall links.)

Staatspräsident Dr. Bazille erwiderte, er habe in Berlin nur gesagt, daß die Gefahr des Zerfalls des Reichs dann gegeben sei, wenn mit mehr oder weniger sanften Mitteln oder auf Umwegen versucht werde, den Einheitsstaat herbeizuführen, nicht aber, wenn er auf verfassungsmäßigem Wege komme. Daß er das württ. Volk zum Widerstand aufrufen werde, habe er nicht gesagt. Alles, was er sagte, sei der Ausdruck der Sorge, Befürchtung und Mahnung an die Unitarier gewesen, den Bogen nicht zu überspannen.

Von sozialdemokratischer Seite ging ein **Mißtrauensantrag** ein, wonach die Rede des Staatspräsidenten nicht der Auffassung des württ. Volkes über das Verhältnis Württembergs zum Reich entspricht. Die Androhung schwerster nationaler und internationaler Erschütterungen für den Fall der Verwirklichung des Gedankens der Reichseinheit durch den württ. Staatspräsidenten ist unvereinbar mit den Interessen Württembergs wie des Reichs und wird vom Landtag aufs schärfste mißbilligt. Der Landtag entzieht daher dem Staatspräsidenten das Vertrauen.

Auf Antrag des Abg. **Pflüger wird in die Besprechung der Anfrage** eingetreten.

Abg. **Bock** (Ztr.): Der Artikel des Deutschen Volksblatts mit der Besprechung der Rede des Staatspräsidenten in Berlin ist eine Privatarbeit des Deutschen Volksblatts, für welche die Zentrumsfraktion keine Verantwortung übernehmen kann. Ich bin erstaunt, daß nach den Erklärungen des Staatspräsidenten die Ausführungen der Sozialdemokratie noch möglich waren. Die Sozialdemokratie will nicht den Sachverhalt feststellen, sondern sie benützt die Gelegenheit zur Agitation. Das ist ein leichtfertiges Spiel. (Von rechts und vom Zentrum ertönten Rufe: Schmeißt den Abg. Dr. Schumacher hinaus!) **Es entstand ungeheurer Lärm und Präsident Körner drohte mit Schließung der Sitzung,** falls nicht Ruhe eintrete. Der Abg. Bock erklärte weiter, er schäme sich für die Rede des Abg. Schumacher, worauf ihm von soz. Seite zugerufen wurde: Gehen Sie doch am Sonntag zum Beichten, was Präsident Körner rügte. Der Abg. Bock betonte ferner, daß den Staatspräsidenten nur die Sorge um die Einheit des Reiches bewegt habe, **daß noch nie eine Große Anfrage so unbegründet und so unsachlich gewesen und der soz. Antrag geradezu ungeheuerlich sei. Das württ. Volk habe es endlich satt mit den unitarischen Bestrebungen Dr. Schumacher habe als Nichtwürttemberger kein Recht, sich auf das württ. Volk zu berufen.** Als der Abg. **Adorno** (Ztr.) den Zuruf machte: Pollack, womit er den Abg. Dr. Schumacher meinte, gab es **große Unruhe** und von links rief man: Unverschämtheit, pfui Teufel.

Die **Demokratie** stellte folgenden **Mißtrauensantrag:** Der Landtag mißbilligt die Rede des Staatspräsidenten, weil sie der Einstellung des württ. Volkes zum Reich und zum Reichsgedanken nicht entspricht und spricht ihm das Mißtrauen aus. Ferner stellte die Demokratie folgenden **Eventualantrag:** Der Landtag ist mit den Ausführungen des Staatspräsidenten nicht einverstanden. Er bedauert, daß durch sie ein nichtzutreffender Eindruck von der Einstellung des württ. Volkes zum Reich und zum Reichsgedanken entstanden ist.

Staatspräsident Dr. **Bazille** erklärte, die Anhänger des Föderativstaates seien die eigentlichen Stützen der Reichsverfassung. Wenn entgegen der Verfassung eine Mehrheit des Reichstages einen Angriff auf die Existenz der Länder unternehme, dann bestehe die Gefahr des Zerfalles des Reiches. Das sei der Sinn seiner Rede gewesen.

Abg. Dr. **Bruckmann** (Dem.) hob hervor, daß in der Rede des Staatspräsidenten eine große Beunruhigung und eine vollständig falsche Einstellung Württembergs gegenüber dem Reich liege. Das württ. Volk werde für den Gedanken der Reichseinheit gewonnen werden können. Der Abg. Dr. **Schott** (VP.) verbat sich die Angriffe von links und erklärte, daß sich durch die ganze Rede des Staatspräsidenten wie ein roter Faden seine Reichsfreudigkeit ziehe und seine ernste Befürchtung, es könnte durch die Torheiten der Linken das Reichsgebäude ins Wanken zu bringen. Abg. **Schneck** (Komm.) bemerkte, in dem Kampf um den Einheitsstaat liege ein Stück Massenkampf, den man durchführen müsse. Der Abg. **Rath** (DVp.) verlas eine Erklärung, wonach die Form der Rede des Staatspräsidenten peinlich berührte und an einigen Stellen ihre staatsmännische Zurückhaltung vermissen ließ. Die Deutsche Volkspartei lehne die Mißtrauensanträge ab, stimme aber dem demokratischen Eventualantrag zu.

Um 2 Uhr nachmittags wurde ein Vertagungsantrag des Abg. Dr. Schall abgelehnt. Der Abg. Dr. **Schall** (Dem.) der vor leeren Bänken sprach, erblickte in der heutigen Rede des Staatspräsidenten einen wesentlichen Fortschritt zum unitarischen Gedanken.

Staatspräsident Dr. **Bazille** forderte dazu auf, den Vorwurf des Hochverrats nach Aufhebung der Immunität in der Oeffentlichkeit zu wiederholen. Dann werde er Strafantrag stellen, um die Sache gerichtlich zu klären. Wenn die Abgeordneten den Mut dazu nicht aufbringen, so falle der Vorwurf sofort in sich zusammen. Der Abg. Dr. **Schumacher** (Soz.) wandte sich in seinem Schlußwort nochmals gegen den Staatspräsidenten und sprach von der Kneiferei des Zentrums, worauf von Zentrumsseite der Zuruf kam: Der Bursche kann sich nicht beherrschen.

Staatspräsident Dr. **Bazille** stellte nochmals fest, was er in Berlin gesagt hatte und erklärte dazu, wer seine Rede nicht lesen könne, sei nicht wert, Abgeordneter zu sein. Nach einer Erwiderung Dr. **Schumachers** und einer persönlichen Bemerkung des Abg. **Adorno** (Ztr.) wurde der **komm. Antrag, dem gesamten Staatsministerium das Mißtrauen des Landtags auszusprechen, gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag und der demokratische Hauptantrag wurden gegen die Stimmen von Soz., Komm. und Dem., der demokratische Eventualantrag außerdem gegen die Stimmen der DVp. abgelehnt.** Um halb vier Uhr wurde dann die Sitzung geschlossen.

Dienstag nachmittag Etat des Innern.

Die Wenderoths

Original-Roman von Marte Harling

30) (Nachdruck verboten.)

Mit solchen Instruktionen versehen fährt Rosa ab; Frau Erika aber durchstreift ganz gegen ihre sonstige Gewohnheit das Haus, nachdem sie das Frühstück auf ihrem Zimmer eingenommen. Sie sucht mit Annemarie zusammenzutreffen, sie will sich rächen für die Niederlage, die sie gestern abend erlitten.

Annemarie ist auf der Leinenkammer; sie ordnet die Wäsche in die großen Wandschränke. Ein ganzer Stoß, der der Ausbesserung bedarf, wird in den bereitstehenden Korb gelegt. Eben hat sie den Schrank, der die Bettwäsche für die Leute enthält, geschlossen und geht nun zum folgenden, in dem die bessere Bettwäsche aufbewahrt wird, als Frau Erika eintritt.

Annemarie erblaßt, als sie Frau Erika sieht; sie fühlt instinktiv, daß diese Frau nur gekommen ist, um ihr wehe zu tun, denn haßerfüllt lodert der Blick aus den dunklen Augen. Sie schließt den Schrank wieder und will das Zimmer verlassen, doch Frau Erika vertritt ihr den Weg.

„Ja, das könnte Ihnen passen — entfliehen, wenn man Ihnen endlich einmal die Wahrheit sagen will. Das war ja eine allerliebste Szene gestern abend. Sie hatten die verführerische Stellung sehr wohl einstudiert. Was würde der tolle Hans wohl sagen, wenn er Sie so neben meinem Manne gesehen? Allerdings, Recht zu Vorwürfen hätte er ja am allerwenigsten — man sieht, wie wahr das Sprichwort sagt: „Art läßt nicht von Art!" Gut nur, daß mein Mann bei Ihren verführerischen Künsten kalt blieb. Wann findet übrigens Ihr Einzug als Frau Oberförster in Eichenkron statt?"

Annemarie hat sich, als sie sieht, daß sie das Zimmer nicht ohne weiteres verlassen kann, ruhig wieder ihrer Arbeit zugewandt. Wohl ist sie blaß geworden bei den häßlichen, beleidigenden Worten, doch hat sie Frau Erika ruhig ausreden lassen. Bei den letzten Worten spielt sogar ein Lächeln um ihre Lippen und ganz ruhig erwiderte sie: „Sie sind in einem großen Irrtum befangen, gnädige Frau! Wohl wird eine junge Frau ihren Einzug in die Oberförsterei halten, doch nicht ich, sondern Lieselotte Krüger!"

Mit einem Ausruf der Wut springt Frau Erika auf die erschrockene Annemarie zu und rüttelt sie heftig an den Schultern.

„Sie lügen, Sie Ungeheuer! Sie wollen mich nur quälen, Sie wissen ganz gut, daß Hans niemand liebt als mich und daß er mir das nicht antun würde!"

Annemarie befreit sich nach dem ersten Schrecken von den sie umklammernden Händen; groß und aufrecht steht sie vor der entarteten Frau:

„Berühren Sie mich nie wieder, gnädige Frau, Sie würden es bereuen! Meine Worte enthalten nur Wahrheit. An Weihnachten wird die Verlobung Lieselottes mit dem Oberförster stattfinden!"

Annemarie geht nun äußerlich ruhig hinaus, doch als sie ihr Zimmer erreicht hat, sinkt sie schluchzend auf einen Stuhl.

„Armer Gerd, welch eine Frau hast du dir genommen! Wie mußt du darunter leiden, an sie gefesselt zu sein!"

Sie beschließt, weder Gerd noch Frau Wenderoth etwas von dem Auftritt zu sagen; sie sehnt nur den Tag herbei, da sie Haus Assen verlassen kann, denn sie fühlt, auf die Dauer würde dieser stetige Kampf ihre Kraft übersteigen.

Frau Erika aber liegt in ihrem Zimmer und rauft sich die Haare in wildem Zorn. Sie hat nichts mehr, um ihren Schmerz zu betäuben, der letzte Tropfen ist über ihre brennenden Lippen gekommen. Sie hat sich eingeschlossen und antwortet auf alles Klopfen nur, sie wolle Ruhe haben, sie habe Kopfschmerzen.

Erst gegen Abend legt sich der wilde Aufruhr in ihrer Seele; der Umschwung bleibt nicht aus, eine stumpfe Resignation macht der wilden Verzweiflung Platz. Erschreckend bleich sieht sie aus; die Augen, von dunklen Ringen umgeben, liegen tief in ihren Höhlen, als sie am Nachmittag im gemeinsamen Wohnzimmer erscheint.

„Ich werde Rosa entgegengehen; sie kann wohl das Paket nicht gut tragen, sonst wäre sie schon hier!" bemerkt sie zu Frau Wenderoth, die allein im Wohnzimmer sitzt.

„Um Gotteswillen nicht, Erika, du kannst dir ja den Tod holen bei diesem Wetter. Sieh nur draußen das Schneegestöber! Eines der Mädchen kann ihr ja entgegengehen!"

Erika lacht böse auf. „Nun, das wäre ja das Schlimmste nicht, da wäret Ihr mich los! Laß mich nur gehen, ich habe einmal meinen Willen darauf gesetzt."

„Wenn du es durchaus willst, so kann ich dich nicht hindern!" entgegnet Frau Wenderoth kalt, „solch häßliche Reden solltest du aber nicht führen, du beleidigst dich selbst damit!"

„Natürlich, die Wahrheit darf man nicht sagen — die hört niemand gerne!" spottet Frau Erika, indem sie den dicken Pelzmantel überzieht und ein weißes Tuch um ihren Kopf schlingt.

Frau Wenderoth läßt sie gehen, sie weiß aus Erfahrung, daß Erika keine Vernunft annimmt, wenn sie ihren Willen durchsetzen will; Gerd aber ist nicht daheim, doch würde auch er wohl wenig Einfluß haben.

Mühsam schleppt sich Frau Erika die Landstraße entlang. Der Wind treibt ihr dicke Schneeflocken ins Gesicht, die Füße wollen gar nicht weiter, ihr ist, als hingen Bleigewichte an denselben. Keuchend geht der Atem, auf den Wangen brennt eine hektische Röte und in den Augen lodert eine unheimliche Glut, als ob der beginnende Wahnsinn aus ihnen flackere.

Ein Gedanke beherrscht die Dahinwandelnde, ein Gedanke, der sie rastlos vorwärts treibt. Sie will und muß Hans noch einmal sehen, sie muß von seinen Lippen hören, daß er eine andere liebt. Ihre brennende Sehnsucht scheint den Oberförster herbeigezogen zu haben, denn ganz plötzlich tritt er aus einer der schmalen Seitenpfade auf den Hauptweg.

„Hans!" schreit Frau Erika auf, „Gott sei Dank, ich muß mit dir reden!" Dann sinkt sie entkräftet gegen einen Baum.

Der Oberförster erschrickt im ersten Augenblick, doch dann zeigt sich auf seiner Stirn eine finstere Falte.

„Gnädige Frau, was tun Sie in diesem Wetter draußen? Sie können sich ja den Tod holen!"

Gellend lacht Frau Erika auf, so gellend und mißtönend, wie nur der Wahnsinn lachen kann.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 30. Januar 1928.

Amtliches. Bestätigt wurde die Wahl des Landwirts, Gemeinderats und Schultheißenamtsverwesers Georg Wolfer in Oberjettingen, Oberamts Herrenberg, zum Ortsvorsteher dieser Gemeinde.

Silberne Hochzeit. Louis Kappler zum „Grünen Baum" und seine Frau Heinrike geb. Beck konnten gestern die Silberne Hochzeit feiern. Aus diesem Anlaß wurde dem Ehepaar gestern von der Stadtkapelle ein Ständchen dargebracht. — Wir gratulieren!

Bericht über die Gemeinderatssitzung am 25. Januar 1928
Abwesend: Gemeinderat Kaltenbach und Bäßler

Genehmigt wird ein Stangenverkauf vom 17. Januar mit einem Forstpreis von 4539 Mark und einem Durchschnittserlös von 119 Prozent. Beim ersten, nicht genehmigten Verkauf wurden 110,7 Prozent geboten. Ferner findet ein Brennholzverkauf vom 13. ds. Mts. mit einem Forstpreis von 2412 Mark (Durchschnittserlös 134 Prozent) und ein in Simmersfeld abgehaltener Schlagreisig-Verkauf vom 14. ds. Mts. mit einem Erlös von 887 Mark, Genehmigung. — Die auf 18 Mark jährlich festgesetzte Gebühr für Benutzung des städt. Waldwegs in der Markhalde durch Landwirte von Garrweiler wird nach der Größe der Grundstücke der Wegbenützenden auf die Letzteren umgelegt. — Die Firma Gebr. Erhardt, Sägewerk in Enztal, beanstandet einige Stämme des am 19. Dezember gekauften Rundholzes. Nach den Verkaufsbedingungen wird wegen etwaiger Mängel des Holzes von seiten der Stadtgemeinde keine Gewähr geleistet. Die Verkäufe werden stets so zeitig bekannt gemacht, daß das Holz auf seine Güte vom Liebhaber besichtigt werden kann. Aehnliche frühere Beanstandungen anderer Firmen wurden nicht berücksichtigt. Es wird daher mit 8:4 Stimmen beschlossen, in diesem Fall keine Ausnahme zu machen und auf die Beschwerde nicht einzugehen. — Die Einführung des 8. Schuljahres im kommenden Frühjahr und die große Schülerzahl in den untersten Klassen erfordern die Anstellung einer weiteren unständigen Lehrkraft bei der hiesigen Volksschule. Der Ortsschulrat hat die Errichtung einer weiteren Lehrstelle beantragt. Es wird einstimmig beschlossen, beim Oberschulrat ein Gesuch um Zuteilung eines Lehrers einzureichen. — Für das laufende Wirtschaftsjahr wird der Waldbewirtschaftungsbeitrag der mit der hiesigen Stadt im Besörsterungsverband stehenden Gemeinden wie im Vorjahr bei 3 Mark pro Hektar belassen, trotzdem der Bewirtschaftungsbeitrag des Staats von 2.30 Mark auf 3.40 Mark erhöht wurde. — Dem Förster Klöble in Fünfbronn wird die Kinderzulage für seinen Sohn auch über das 21. Lebensjahr hinaus während der Dauer der Berufsausbildung, jedoch längstens bis zum 24. Lebensjahre, nachdem die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, gewährt. — Einem Einspruch gegen den Bescheid über Wertzuwachssteuer ist — nachdem der Steuerpflichtige Nachweise vorgelegt hat — in der Weise stattzugeben, daß die Steuer von 100 Mark auf 49 Mark ermäßigt wird. — Ein Aufstreichsprotokoll über den Verkauf von 9 Akazienstämmen mit einem Erlös von 18 Mark wird genehmigt. — Die Kalkstein-Schotterlieferung auf verschiedene Feld- und Güterwege wird dem Güterbeförderer Hensßler um 8.50 ℳ pro Kubikmeter übertragen unter der Bedingung, daß Ia Schotter aus einem Schotterwerk geliefert wird. — Dem Hans Stoeb, Schreiner wird die Turnhalle noch für einen Sonntag zum Abschluß seines Preisschießens gegen 3 Mark Benützungsgebühr überlassen. — Es erfolgt die Durchsicht der Rechnung der Stadtpflege, Ortsfürsorgekasse, Schul- und Elektrizitätswerkskasse für das Rechnungsjahr 1925, ferner werden 2 Grundstücksschätzungen vorgenommen. — Gemeinderat Hennefarth stellt den Antrag, den im schlechten Zustande befindlichen Hessenteichweg durch Erwerbslose herrichten zu lassen. Der Vorsitzende bemerkt, daß als Notstandsarbeit in erster Linie der Bau des Feldbereinigungswegs hinter den Neubauten an der Hohenbergstraße in Frage komme, falls eine entsprechende Anzahl geeigneter Erwerbslosen vorhanden sei. Der Hessenteichweg soll durch den Straßenwart in Stand gesetzt werden.

Nagold, 29. Jan. (Landwirtschaftliche Versammlung.) Im Traubensaal fand gestern Nachmittag die gemeinsame Hauptversammlung des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins und der Viehzuchtgenossenschaft statt. Oberamtstierarzt Dr. Metzger der namens der Viehzuchtgenossenschaft die Versammlung leitete, berichtete über den Stand der Genossenschaft und ihrer Arbeiten im verflossenen Jahre. Sehr beanstandete der Redner, daß in unserem Bezirk die Viehzucht im argen liege, hauptsächlich bei der Farrenhaltung werden sehr viele Fehler gemacht. Er gab den Rat, keine zu jungen Tiere zu kaufen und auch keine ohne Stammbaum, auch die Mutter des zum Kauf stehenden Tieres empfehle er anzusehen. Der Bedarf an Farren solle möglichst im Lande selbst gedeckt werden. Die Pflege und Fütterung lasse sehr zu wünschen übrig; auch müßten die Farren mehr heraus ins Freie kommen und zur Arbeit herangezogen werden, da dies für ihre Entwicklung sehr von Nutzen sei. Ueber die Bezirksfarrenschau teilte er mit, daß 102 Farren im Bezirk festgestellt wurden, von denen 73 württ. Abstammung sind, worunter sich 30 im Oberamtsbezirk selbst gezüchtete Tiere befinden. Die Klasseneinteilung wurde sorgfältig vorgenommen, doch erfolgte durch die spätere Oberfarrenschau in verschiedenen Fällen eine Umgruppierung und Ausscheidung. Bezüglich der in Nagold stattgefundenen Rindviehschau, bei der viele ohne Preise ausgegangen sind schlug der Redner vor, diesen Landwirten, infolge günstigen Kassenstandes ein vom Ausschuß noch festzusetzendes Weggeld zu gewähren, was auch angenommen wurde. Oberamtmann Baitinger, der dem Redner für seinen Bericht dankte, bedauerte ebenfalls die Rückständigkeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm mit Unterstützung der Landwirte gelingen möge die Farren- und Viehzucht auch in unserem Bezirk auf die Höhe zu bringen und so zu gestalten, daß auch ein Nutzen an der Viehzucht verbleibe. Zuchtinspektor Walter, Herrenberg gab eine sehr lehrreiche geschichtliche Entwicklung über die Fleckviehverbände, woraus zu entnehmen war, daß sich diese Verbände aus den früheren sogen. Landschlägen gebildet haben. Der erste Verband sei im Jahre 1885 in Hall gegründet worden, dem dann im Laufe der Jahre die weiteren Verbände folgten. Nach seiner Ansicht sei mit den Verbänden die Zuchtfrage noch nicht erledigt, sondern diese seien vielmehr die Vorläufer der kommenden Landeszucht. Sehr eingehend wurde von dem Redner der Aufbau der Fränkisch-Hohenloh'schen und der Oberschwäbischen Zucht behandelt und den Anwesenden vor Augen geführt. Auch bei uns im Schwarzwald, meinte der Redner, sei eine Gebrauchszucht möglich. Nach einer sich hieran anschließenden kurzen Diskussion wurde in die Verhandlung über den Landw. Verein eingetreten. Der Vorsitzende des Vereins Kleiner, Ebhausen berichtete über die heutige schwere Notlage der Landwirte. Er bedauerte lebhaft, daß die Versammlung so schlecht besucht sei, wo es heute doch Pflicht eines jeden Landwirts wäre zu erscheinen. Aus einem zur Verlesung gelangten Schreiben des Landw. Hauptverbands war zu entnehmen, daß anläßlich der Landw. Woche in Stuttgart eine Notversammlung stattfinden werde, zu der von den Landwirten erwartet wird, daß sie in großer Zahl erscheinen. Ueber die Tätigkeit des Vereins berichtete Verbandssekretär Bulmer aus dem zu entnehmen war, daß sehr rührig gearbeitet wurde. Der Vermögensstand kann als günstig bezeichnet werden; die Mitgliederzahl dagegen weise einen kleinen Rückgang auf. Ueber Futterbau sprach Landwirtschaftslehrer Häcker Nagold. In unserem Oberamtsbezirk, der nach seiner Ansicht als zu Dreiviertel mit naß zu bezeichnen ist, sei es vor allen Dingen notwendig, mehr und mehr zur Entwässerung zu schreiten. Auch über die Behandlung der Wiesen gab er Aufklärung. So wie der Landwirt die einzelnen Getreidearten kenne, so müsse er auch die Gräser kennen; denn nur dann sei er in der Lage auch einen richtigen Futterbau zu treiben. Er empfahl jedem Landwirt die Besichtigung der Gräsersellergärten der Landw. Winterschule. Um die Milchwirtschaft, meinte der Redner müsse sich ebenfalls der Landwirt mehr kümmern und dürfe diese nicht seiner Frau allein überlassen. Zum Schlusse wurden noch einige Fragen erledigt und mit Worten des Dankes an die Vortragenden schloß der Vorsitzende die Versammlung die manchem Landwirt einen Fingerzeig zur Hebung und Verbesserung seines Betriebs gab.

Nagold, 30. Januar. (Saaleröffnung.) Nachdem unlängst der neu erbaute Saal des Gasthofs zum „Löwen" eingeweiht wurde, fand am gestrigen Sonntag abend die offizielle Saaleröffnung des Saalbaus der „Traube" in festlicher Weise statt. Es ist ein großer stattlicher Saal mit einer wunderbaren harmonischen Farbengebung, der in seinem feinen Stil ohne weiteres einen festlichen Eindruck auf den Besucher macht. Architekt Linder aus Stuttgart hat damit ein Werk geschaffen, das hohes Lob verdient und der Stadt Nagold zur Zierde gereicht. Der große Saal war gestern bei der Eröffnungsfeier dicht besetzt und es herrschte unter den Gästen von Anfang an eine frohe Stimmung. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch einige Vorträge der Streichmusik der hies. Stadtkapelle, die durch auswärtige Kräfte verstärkt war und vortrefflich spielte. Nach Beginn des Festessens wurden verschiedene Reden gehalten. Zunächst hieß der Erbauer des Saals, Architekt Linder, die Gäste namens des Herrn und der Frau Leitz herzlich willkommen, schilderte das Zustandekommen des Saales, gedachte dankbar der Unterstützung, die von den amtlichen Stellen erwiesen wurden und die er bei den Handwerksleuten usw. gefunden hat und sprach dem Bauherrn und den Gästen seine Wünsche aus. Später beglückwünschte Stadtschultheiß Maier die Leitz'schen Eheleute zu dem schön gegliederten Saal, hob hervor, wie dieser einem großen Bedürfnis entspreche und damit der Stadtverwaltung eine Sorge abgenommen worden sei. Nun sei es möglich, in den Mauern Nagolds Kongresse abzuhalten. Der Ver. Lieder- und Sängerkranz, der sein Lokal im Saal hat und der unter der meisterhaften Leitung von Hauptlehrer Grieb durch eine Anzahl prächtig gesungener Lieder den Abend verschönte, sang nun das Lied: „Hebt die Herzen empor" und der Vorstand des Vereins, Oberpräzeptor Wieland, gab im Anschluß daran seiner Freude Ausdruck, daß der Verein in diesem festlichen Raum eine Heimat gefunden hat. Gärtnereibesitzer Julius Raaf trat später als Festredner auf, pries das vorzügliche Essen, das geboten wurde und trug mit seinen humoristischen Ausführungen zur Heiterkeit bei. Mit einem Hoch auf das Ehepaar Leitz fanden seine Ausführungen ihr Ende. Georg Köbele feierte das Ehepaar Leitze. Er fand besonders freundliche Worte für die Wirtin und brachte ein Hoch auf dieselbe aus. Schließlich sprach auch noch einer der auswärtigen Gäste aus Altensteig, der die Stadt Nagold zu diesem von Architekt Linder geschaffenen Saal beglückwünschte und des alten Traubenwirts gedachte, auf dessen Wohl ein Schluck getrunken wurde. So verlief die Saalbaueröffnung bei Musik, Gesangsvorträgen und Reden sehr animiert und wohl zur Zufriedenheit aller Gäste und des Wirtsehepaares, das alles Gute geboten hatte, was Küche und Keller zu bieten vermochten.

Aus dem Oberamt Calw

= **Calw,** 29. Januar. Oberlehrer Mäckle ist nach einer Dienstzeit von 47 Jahren, wovon er an der hiesigen Volksschule 31 Jahre zubrachte, in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Aus diesem Anlaß hatte ihm das Lehrerkollegium und das Stadtschultheißenamt gestern abend im Weiß'schen Saale eine öffentliche Abschiedsfeier veranstaltet, wozu die Schüler und deren Eltern außerordentlich zahlreich erschienen waren. Es war eine wirklich schöne Feier, an die die Beteiligten sich noch lange erinnern werden. Die Kollegen des Gefeierten hatten sich alle Mühe gegeben, um den Abend aufs würdigste zu gestalten. Die großen und bleibenden Verdienste des Jubilars als Erzieher und Lehrer und besonders als Vorbereitungslehrer der Schüler zum Uebertritt in die höheren Schulen wurden von allen Seiten in wärmster Weise und mit größter Anerkennung gewürdigt. Für die Schule und das Lehrerkollegium sprach Rektor Beutel, für die Stadtverwaltung Stadtschultheiß Göhner, für die Kirche, den Ortsschulrat und die Eltern Stadtpfarrer Lang und für den Bezirkslehrerverein Oberlehrer Bader in Hirsau. Dem Gefeierten wurde von der Stadt ein Klubsessel und von dem Lehrerkollegium ein Buch als Anerkennung und Dankesbeweis überreicht; auch sonstige Gaben und Glückwunschschreiben waren dem Jubilar in großer Zahl zugegangen. Den unterhaltenden Teil hatten die Kollegen des Jubilars übernommen. Zur Aufführung kamen Schülerchöre, ein Reigen von sechs Mädchen, ein Menuett von vier Damen aus der Biedermeierzeit, Musikvorträge und Deklamationen im Dialekt von Knaben des 8. Schuljahrs. Der Gefeierte dankte gerührt für alle ihm dargebrachten Glückwünsche und Anerkennungen. Die ganze Feier war ein Beweis von dem guten Verhältnis zwischen Schule und Elternhaus und auch davon, daß ein tüchtiger Lehrer von der Stadtverwaltung stets hoch geschätzt wird. Mäckle ist in weiteren Kreisen des Bezirks dadurch bekannt geworden, daß er Rechner des früheren landwirtschaftlichen Konsumvereins war und heute noch die Agentur der Württ. Landessparkasse besorgt.

Aus dem Lande

Neuenbürg, 28. Januar. (Autounfall.) Der Inhaber eines Pforzheimer Kommissionsgeschäfts, E. Waidner, hatte Donnerstag abend halb 6 Uhr das Unglück, von Engelsbrand kommend mit seinem Auto bei der Grösseltalbrücke über die Mauer in das zwei Meter tiefer liegende Bachbett zu stürzen, wobei sich das Auto einige Male überschlug. Waidner kam glücklicherweise ohne Verletzungen davon; das stark beschädigte Auto mußte abgeschleppt werden.

Sulz a. N., 27. Januar. (Ein schwerer Zusammenstoß.) Gestern abend nach Einbruch der Dunkelheit rannte ein von Oberndorf herkommendes kleineres Lastauto von Tübingen gegen die geschlossene Schranke am Bahnübergang in der Oberndorfer Straße hier. Die Schranke wurde abgerissen und das Auto rannte noch bis an die Schranke jenseits dem Geleise, an der es hängen blieb. Im selben Augenblick brauste auch schon der um 6.45 Uhr hier durchfahrende D-Zug von Rottweil heran und es kann nur als ein Wunder bezeichnet werden, daß größeres Unheil vermieden wurde. Der Führer des Fahrzeugs wurde durch den Anprall an die Schranke erheblich verletzt und wurde durch einen nachfahrenden Kraftwagenführer sofort in das hiesige Bezirkskrankenhaus verbracht, wogegen der Begleiter mit dem Schrecken davonkam. Das Fahrzeug ist ziemlich stark beschädigt. Untersuchung ist eingeleitet.

Rosenfeld, 28. Januar. (Erschossen.) Am 26. ds. Mts. hat sich der 17jährige Wilhelm Eberhart, Sohn des Stadtschultheißen Eberhart von Binsdorf, OA. Sulz, eine Kugel in den Kopf geschossen; er wurde nach Tübingen verbracht, wo er bei der Einlieferung starb. Der Sohn war in der Lehre bei Verwaltungsaktuar Schlumpberger in Rosenfeld, erhielt vom Vater eine Rüge und erschoß sich.

Letzte Nachrichten.

Unterzeichnung des deutsch-litauischen Schiedsgerichtsvertrags

Berlin, 29. Januar. Wie wir erfahren, sind **die Verhandlungen zwischen dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann und dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras über den deutsch-litauischen Schiedsgerichtsvertrag heute zum Abschluß gebracht worden. Der Vertrag ist unterzeichnet.** Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird morgen im Reichstag eine große außenpolitische Rede halten, in der er auch über die Verhandlungen mit dem litauischen Ministerpräsidenten und den Schiedsgerichtsvertrag berichten wird.

Der litauische Ministerpräsident von Berlin abgereist.

Berlin, 29. Jan. Der litauische Ministerpräsident Professor Woldemaras ist heute abend 6.40 Uhr, begleitet von seiner Gattin und dem Ministerialdirektor im litauischen Außenministerium Dr. Zaunius vom Bahnhof Friedrichstaße wieder nach Kowno abgereist.

Gestorbene

Nagold: Christian Moser, Gründaumwirt, 72 J. a.
Freudenstadt: Carl Stoll, Kaufmann, 71 J. a. — Karl Fahrner, Waldaufseher, 50 J. a.
Schönmünzach: Berta Hagenmeyer, Posthalterswitwe, 75 J. a.
Kniebis: Sophie Braun, 45 J. a.

Mutmaßliches Wetter für Dienstag

Im Westen und Osten liegt Hochdruck. Ein Ausläufer der nördlichen Depression ragt bis nach Süddeutschland vor, der Einfluß geht aber zurück. Für Dienstag ist zwar noch teilweise bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauk

Unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der **Torpedo-Fahrräder-Schreibmaschinen-Weilwerke A.-G., Frankfurt a. M.-Rödelheim,** bei. Derselbe zeigt die „Torpedo-Kleinschreibmaschine" für Reise und Büro, welche besonders geeignet ist für den Reisenden, Schriftsteller, Arzt und Gewerbetreibenden. Die Maschine ist sehr stabil gebaut, der Anschaffungspreis sehr gering. Auf Wunsch werden ganz bequeme Teilzahlungsbedingungen gewährt. Interessenten erhalten kostenlose Vorführung der Maschine durch den zuständigen Vertreter L. Lauk, Inhaber der W. Rieker'schen Buchhandlung in Altensteig.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Altensteig-Stadt.

Anmeldung für die Grundschule.

Die Anmeldung der schulpflichtigen Kinder, auch der zurückgestellten und noch nicht schulfähigen, hat am

Dienstag, dem 31. Januar, nachmittags von 2—4 Uhr im mittleren Schulhaus (Rektorat)

zu geschehen.

Schulpflichtig sind die in der Zeit vom **1. Mai 1921 bis 30. April 1922** geborenen Kinder. — Schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder können auf Grund eines schulärztlichen Zeugnisses zurückgestellt werden.

Altensteig, 30. Januar 1928.

Ev. Volksschulrektorat:
Feucht.

Altensteig-Stadt

Verkauf von Schichtnutz- und Brennholz

im mündlichen Aufgebote

am Freitag, den 3. Februar 1928, nachmittags 6 Uhr im Rathause.

Aus: VI Priemen 11. 31. 32. 34. 41

5 Rm Buche Prügel
18 „ Birke Nutzprügel
17 „ „ Prügel
33 „ Nadelholz Anbruch
154 „ „ Prügel
11 „ „ Reisprügel

Abfuhrfrist: 15. Mai 1928. Zahlfrist: 15. März 1928.

Den 21. Januar 1928.

Städt. Forstamt.

Altensteig-Stadt

Verkauf von Nutzscheit und Brennholz

im mündlichen Aufgebote

am Montag, den 6. Februar 1928, nachmittags 3 Uhr im Rathause.

Aus Hafnerwald 1 und 3:

6 Rm Fichte und Tanne Nutzscheit
18 „ „ „ „ Anbruch
144 „ „ „ „ Prügel
106 „ Schlagreis in 14 Losen

Abfuhrfrist: 15. Mai 1928. Zahlfrist: 15. März 1928.

Den 22. Januar 1928.

Städt. Forstamt.

Für die
Leinenspinnerei Schornreute in Ravensburg
übernehmen jederzeit

Flachs, Hanf u. Abwerg

zur Lohnverarbeitung von Garnen, Zwirnen, glatten Ganz- und Halbleinen roh und gebl. für jeden Verwendungszweck, Hand-, Mund- und Tischtücher, Zwilche und Drelle, farbige Bett- und Schürzenzeuge usw. wovon Muster zur Auswahl aufliegen.

Höchstmöglichste Ausbeute der übergebenen Spinnstoffe, rasche Rücklieferung der Fertigware, einwandfreie Bedienung u. billigste Berechnung wird zugesichert.

Es empfehlen sich höflich:

J. G. Rall, Kaufmann, Neuweiler
Otto Stikel, Witwe Calw
Friedrich Pfrommer, Zavelstein
J. F. Hanselmann, Postagent, Simmersfeld
Gerhard Paulus, Liebenzell
Fr. Burkhardt, Igelsloch
Gg. Ritter, Stammheim
Hch. Zech, Gechingen
Anna Ade, Althengstett.

Inventur-Ausverkauf

Ab Dienstag, den 31. Januar

grosse Preis-Ermässigung

auf

Mäntel, Kleider, Blusen, Strickjacken, Westen, Pullover
Kinderkleidchen, Schürzen, Wäsche, Schlupfhosen
Unterröcke, Strümpfe, Vorhänge und Stoffe aller Art

Auf fast alle dem Ausverkauf nicht unterstellten Waren

10 Prozent Rabatt

Chr. Krauss, Altensteig

Herzliche Einladung
zur

Missions-Konferenz

am Donnerstag, 2. Februar, nachmittags 2 Uhr im Vereinshaus in Nagold. Thema:
„Unser Missionswerk in der Prüfungsstunde der Gegenwart"
Missionsinspektor Huppenbauer

Verlangen Sie das neueste Heft in der

W. Rieker'schen Buchhandlg., Altensteig

Hermann Wöhrle, Baumeister
Freudenstadt, Falkenstr. 47
Telefon 344

Büro für Architektur
und Bauausführung

Reißzeuge
Reißbretter
Reißschienen
Winkel
Zeichen-Maßstäbe
Zeichenblöcke
Zeichenhefte
Zeichenpapier
in Bogen
empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhdlg.

Sänger-Sitzung der „Sängerlust"

am **Dienstag Abend 8 Uhr.** Vollzähliges Erscheinen eines jeden Sängers erwartet dringend

der Vorstand

Rohrstühle

werden eingezogen
Dorfer-Straße 496

Ein Paar

neue Ski

180 cm lang umständehalber zu verkaufen.

Hehr z. „Waldfrieden"

Schreibmaschinen
neu und gebraucht, kaufen Sie immer günstig.
Zirka 25 Maschinen ständig am Lager.
Gottlob Kächelen,
Freudenstadt,
Markt 58 Fernruf 34
Gegr. 1848.
Alles für Büro

W. Forstamt Altensteig.

Nadelstammholz-Verkauf

im schriftlichen Aufstreich

aus dem ganzen Forstbezirk: 1 061 Fi., 792 Ta mit Fm. Langh.: 135 I., 290 II., 373 III., 226 IV., 139 V., 49 VI.; Sägh.: 18 I., 12 II., 16 III., 2 IV., 1 V., 506 Fo mit Fm. Langh.: 29 I., 45 II., 163 III., 60 IV., 36 V., 3 VI.; Sägh.: 2 I., 5 II., 6 III., 5 IV., 1 V. Kl. Schriftliche Angebote in ganzen Prozenten der 1928er Landesgrundpreise wollen bis **Dienstag, den 7. Februar** vorm. 1/2 9 Uhr beim Württ. Forstamt eingereicht werden. Eröffnung der Gebote vorm. 1/2 10 Uhr im „Grünen Baum" in Altensteig. Losverzeichnisse und Angebotsvordrucke durch die Forstdirektion, G. f. H. Stuttgart.

Für
Hausschlachtungen
empfiehlt

Ia. Pergament-Därme

die
W. Rieker'sche Buchhdlg.
Altensteig

Bestellungen auf die

Süddeutsche Sonntagspost

nimmt die

W. Rieker'sche Buchhdlg., Altensteig

entgegen. Ebendaselbst werden Probenummern ausgegeben.

Ende meines Inventur-Ausverkaufs

Donnerstag, 2. Februar

Noch 3 Tage günstige Einkaufsgelegenheit

Gustav Wucherer, Altensteig

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw